



Dr. Nina Scheer - Wochenspiegel vom 11. bis 20. Februar 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

anbei übersende ich Ihnen/Euch meinen WOCHENSPIEGEL für die Zeit vom 11. bis 20.
Februar 2022

Anregendes Lesen wünscht Ihre/Deine

Dr. Nina Scheer
Bundestagsabgeordnete

THEMEN

LOBBYREGISTER

Das Gesetz zur Einführung eines Lobbyregisters für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und gegenüber der Bundesregierung trat am 1. Januar 2022 in Kraft. Seitdem sind die Kontakte des Bundestages mit Interessenvertretern öffentlich zugänglich unter www.bundestag.de/lobbyregister.

RUSSLAND-UKRAINE KONFLIKT

In meiner Rede vom 17. Februar im Bundestag zum Tagesordnungspunkt „Haltung des Westens zur Politik Russlands“ ging ich auf die Notwendigkeit diplomatischer Verhandlungen und die energiepolitischen Folgen einer weiteren Verschärfung des Konflikts ein:



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Situation an der russisch-ukrainischen Grenze ist eine Bedrohung für die Sicherheit und den Frieden in Europa. Insofern bin ich der Bundesregierung, insbesondere Bundeskanzler Olaf Scholz, dankbar für die in den letzten Tagen erreichten Zeichen der Entspannung.

Dies zeigt, dass es sich bewährt, auf Diplomatie zu setzen und sich nicht zu eskalierenden Schritten antreiben zu lassen. Das sage ich auch ausdrücklich in

Richtung CDU/CSU. Herr Wadephul, es ist nicht auszumalen, wie sich die Lage entwickelt hätte, wenn etwa dem Ruf nach Waffenlieferungen nachgegeben worden wäre.

(Beifall bei der SPD)

Jenseits der akuten Bedrohung - ich betone: jenseits -, die von den militärischen Aufmärschen Russlands ausgeht, gilt es, eine Betrachtung objektiver Sicherheitsinteressen aller Beteiligten im Kontext völkerrechtlicher Gegebenheiten in den Blick zu nehmen, natürlich auf der Seite der Ukraine, der EU und der USA, aber eben auch auf russischer Seite. Wie Bundeskanzler Olaf Scholz in Moskau klargestellt hat, ist es für unsere Generation „unsere verdammte Pflicht und Aufgabe“ - „verdammte“ wurde vielleicht aus dem Protokoll gestrichen, aber ich fand den Begriff griffig -, dass Krieg in Europa verhindert wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

In diesem Sinne möchte ich aber auch noch auf eine weitere Bedrohungslage eingehen, die innerhalb dieses aktuellen Konflikts spürbar wird, aber auch über den Konflikt hinausgeht. Es ist eine sicherheitspolitische Aufgabe, die weltweite Abhängigkeit von fossilen Energieressourcen - dazu gehört übrigens auch Uran - durch den schnellstmöglichen Umstieg auf erneuerbare Energien zu überwinden. Im Falle einer militärischen Eskalation könnte ebendiese Abhängigkeit zu einer existenziellen Gefahr durch Energieversorgungsnotfälle führen. Neben den bekannten Klimafolgeschäden geht es hierbei um explodierende Energiepreise; diese würden die heutigen Preissprünge um ein Vielfaches übersteigen.

(Martin Reichardt [AfD]: Im Krieg sterben Menschen, und Sie reden über den Klimawandel!)

Knapp 55 Prozent des in Deutschland verbrauchten Erdgases stammen aus Russland. Aber zum Beispiel auch die USA beziehen Öl aus Russland. Neben aktuellen Maßnahmen zur Vorhaltung gefüllter Gasspeicher und einer künftigen Gewährleistung entsprechender Füllstände ist es richtig und wichtig, eine strategische Reserve in staatlicher Gewähr zu schaffen. Denn Energieversorgung ist Daseinsvorsorge und darf weder zum Spekulationsobjekt noch zum Erpressungsinstrument werden. Auch wenn Russland zu jedem Zeitpunkt, selbst im Kalten Krieg, geschlossene Lieferverträge eingehalten hat, müssen wir uns Folgendes vor Augen führen: Diese 55 Prozent unserer Abhängigkeit können kurzfristig - kurzfristig ist durchaus über Jahresspannen zu betrachten - nicht ersetzt werden, auch nicht durch LNG-Lieferungen. Bereits jetzt führt die weltmarktgetriebene Entwicklung der Energiepreise zu ökonomischen und sozialen Härten. Auf diese reagieren wir: Wir haben Heizkostenzuschüsse beschlossen, und auch eine Absenkung der EEG-Umlage ist derzeit in Prüfung. Die Maßnahmen verdeutlichen aber auch, dass sie nur in akuten Ausnahmefällen und zur Abfederung geleistet werden können. Um Energiesicherheit zu gewährleisten, brauchen wir den beschleunigten und systemischen Umstieg auf erneuerbare Energien, und zwar schnell, verknüpft mit Speichern, darunter auch für Wasserstoff.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist ein sicherheits- wie friedenspolitischer Auftrag, übrigens auch für einen kontinental-europäischen Verbund. Dass die Bezahlbarkeit von Energie nur durch erneuerbare Energien zu garantieren ist, haben wir letztes Wochenende gesehen. Am Sonntag wurden 95 Prozent des Strombedarfs über erneuerbare Energien gedeckt, und das hat sich auch auf die Börsenstrompreise ausgewirkt. Wir waren billig wie selten bis nie. In Frankreich war dies übrigens aufgrund des Anteils von Atomstrom dort nicht der Fall.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hört! Hört!)

Die Ampelkoalition hat sich die Energiewende zum Ziel gesetzt und arbeitet unter Hochdruck daran.

Ich schließe mit den Worten: Friedenspolitik ist auch Energiewendepolitik.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Zu meiner Rede auf meiner Homepage: <https://bit.ly/3p43mEJ>

EQUAL PAY DAY

Demnächst ist Equal Pay Day. Zeit, die nach wie vor aktuelle Forderung zu erneuern:



Gleiche Bezahlung von Frauen und Männern: eine Frage des Respekts!

Beispielfotos der Kampagne

unter: <https://bit.ly/3l91cuW>.

HINTERGRUND-INFORMATIONEN ZU DEN ENERGIEPREISEN

Auf Regierungsseite wird unter Hochdruck an Entlastungsmaßnahmen zur Abfederung der steigenden Energiepreise gearbeitet. Nach derzeitigem Stand sind folgende Instrumente auf Bundesebene bereits durchgesetzt und weiter geplant:

- Bereits zum Anfang dieses Jahres ist die EEG-Umlage zur Förderung von Strom aus Erneuerbaren Energien auf 3,72 Cent pro Kilowattstunde gesunken. Im letzten Jahr zahlten Verbraucher noch 6,5 Cent pro Kilowattstunde. Durch die Senkung spart ein Drei-Personen-Haushalt etwa 100 Euro im Jahr, ein Ein-Personen-Haushalt knapp 50 Euro. Allerdings ist in dieser Regelung noch nicht angelegt, dass die Entlastung zwingend an die Endkunden weiterzugeben ist. Insofern ist nicht sichergestellt, dass die Reduktion auch ankommt. Es ist allerdings in Planung, dass auch die noch verbleibende EEG-Umlage jedenfalls zum 1.1.2023, möglicherweise auch schon früher (dies ist gerade in Prüfung), abgeschafft wird. Hier will die SPD dafür sorgen, dass diese Reduktion dann aber auch verpflichtend bei den EndkundInnen ankommt. Die Entlastung wird zwar nicht reichen, aber als eine von möglichen weiteren Maßnahmen helfen, um die Preisanstiege zu abzufedern. Entlastungen im Strompreis schaffen zudem etwa Synergien für Investitionsentscheidungen zugunsten von Erneuerbaren Wärmepumpen.
- Ferner wird es zur Jahresmitte einen bereits vereinbarten Heizkostenzuschuss zum Wohngeld geben, von dem 2,1 Millionen Haushalte profitieren werden, zehntausende davon auch in Schleswig-Holstein. Berechtigt dafür sind Bezieher*innen von Wohngeld, BAföG, Aufstiegs-BAföG und Ausbildungsgeld. Die Auszahlung an die Wohngeldempfänger*innen wird ohne Antragstellungen erfolgen. Im Rahmen dieses Gesetzes, das am 18. Februar in Erster Lesung im Bundestag beraten wurde, ist vorgesehen 135 Euro für Einzelhaushalte, 175 Euro für Haushalte mit zwei berechtigten Personen und 35 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied zu leisten. Für Student*innen und Azubis pauschal 115 Euro.
- Des Weiteren bedarf es einer stärkeren Regulierung des Strommarktes, um in Zukunft Kündigungswellen zu verhindern, die aktuell in Reaktion aufgrund der Preisanstiege erfolgen und in deren Folge aktuell viele Energiekunden in verhältnismäßig teuren Ersatzversorgungstarifen landen. Wenn Energieanbieter mit billigen Angeboten werben, müssen sie auch gewährleisten können, ihren Leistungen gerecht zu werden. Insofern wirkt auch die AG Klimaschutz gerade darauf hin, dass hier vorsorgende Maßnahmen verpflichtend werden. Zugleich kann es nicht sein, dass nun die Bestandskunden mit herangezogen werden, weshalb ich mich auch gegen den Vorstoß von Minister Albrecht für Einheitstarife ausgesprochen habe (siehe PM-Verweis am Ende des Textes).
- Darüber hinaus werden weitere Entlastungsmöglichkeiten geprüft.

Außerdem setze ich mich mit sowohl der AG Klimaschutz und Energie als auch den weiteren Fachkolleg*innen dafür ein, dass es durch den Förderstopp der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) durch die KfW bei der Sanierung (Dämmung, neue Heizungsanlagen etc.) nicht zu einem Fadenriss kommt und es in Zukunft eine einfachere sowie stärker finanzierte Förderung gibt.

Die Analysen zu den Energiepreisen ergeben dabei das klare Bild, dass die steigenden Energiepreise durch steigende Preise für fossile Energieträger, vor allem Gas, getrieben sind. Unterschiedliche Faktoren, vom kalten Winter 2020/21 und hier geleerter Reserven,

unterbliebenes Auffüllen derselben bis hin zu Emissionshandels- und CO2-Preisen und auch ein temporärer Rückgang in der Erzeugung Erneuerbarer Energien, die für sich genommen preissenkend wirken (sodass ein hiesiges Minus die Preise nach oben schiebt) kommen hier zusammen. Erneuerbare Energien senken heute die Preise. Das hat auch der Börsenpreis während des letzten sonnenreichen Wochenendes am 13. Februar gezeigt. Insofern gilt es auch zur Sicherung der Bezahlbarkeit von Energie den Ausbau Erneuerbarer Energien zu beschleunigen und die Energieversorgung auf einen wachsenden Anteil Erneuerbarer Energien umzustellen.

Zu meiner Pressemitteilung im Energiepreispoker: <https://bit.ly/3uYk7op>.

AKTUELLE STUNDE: KAMPF GEGEN RECHTSTERRORISMUS



Vili Viorel
Păun



Sedat
Gürbüz



Fatih
Saraçoğlu



Ferhat
Unvar



Gökhan
Gültekin



Mercedes
Kierpacz



Kaloyan
Velkov



Hamza
Kurtović



Said Nesar
Hashemi

Ermordet aus rassistischen Motiven in Hanau am 19. Februar 2020.

Wir trauern

#saytheirnames

VL.d.F. Hanna May, Bonn-Luxemburg-Platz 13, 10178 Berlin

Zwei Jahre nach den rechtsterroristischen Morden von Hanau haben die Regierungskoalitionen im Bundestag in einer aktuellen Stunde am 16. Februar den Rechtsextremismus scharf verurteilt. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) verwies auf einen aktuellen Beschluss des Bundeskabinetts wonach der 11. März künftig als nationaler Gedenktag für Opfer terroristischer Gewalt begangen werde. Die Ministerin bekräftigte zugleich, bis Ostern einen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus vorlegen zu wollen. Man setze alles daran, Radikalisierung zu stoppen und rechtsextreme Netzwerke aufzulösen. Extremisten gelte es ihre Einnahmequellen zu nehmen und konsequent die Waffen zu entziehen.

Mehr Informationen auf der Website des Deutschen Bundestages: <https://bit.ly/3BxYl6D>.

ELBE-LÜBECK-KANAL: SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETE BEGRÜSSEN ERHALT STATT AUSBAU

Zur aktuellen Meldung der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes über den Fortgang von Ausbaumaßnahmen am Elbe-Lübeck-Kanal (ELK), erklärte ich gemeinsam mit meinen Kollegen Tim Klüssendorf Wahlkreis Lübeck und mit Mathias Stein, Wahlkreis Kiel und Mitglied des Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages:

„Es ist gut und wichtig, dass die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes den zuverlässigen Betrieb der Schleusen weiterhin gewährleisten und auch drei weitere WSV-Brücken der Höhe nach anpassen will. Welche weiteren Maßnahmen erforderlich sind, muss sich danach richten, den Kanal als Bundeswasserstraße zu erhalten. Es ist im

Bundesverkehrswegeplan eine Überprüfung der enthaltenen Vorhaben angelegt. Hierzu zählt auch die Überprüfung der weiteren Maßnahmen am Elbe-Lübeck-Kanal.“

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur muss nach Ausbaugesetzen im Rahmen der Bedarfsplanüberprüfung (BPÜ) spätestens nach Ablauf von fünf Jahren überprüfen, ob die Bedarfspläne an die Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung anzupassen sind. Der im Jahr 2015 beschlossene Bundesverkehrswegeplan 2030 veranschlagt für den Ausbau des ELK 838 Mio. Euro. Er zielt dabei unter anderem auf eine Anpassung des Kanals auf wachsende Schiffsgrößen.

In diesem Zusammenhang weisen wir auch auf die im Frühjahr 2021 beschlossenen geänderten gesetzlichen Voraussetzungen hin. Ende März 2021 beschloss der Deutsche Bundestag mit dem ‚Gesetz über den wasserwirtschaftlichen Ausbau an Bundeswasserstraßen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele der Wasserrahmenrichtlinie‘ eine veränderte Bundeszuständigkeit in Bezug auf Bundeswasserstraßen.

Gemäß meiner Pressemitteilung vom 22. April 2021 erläuterte ich die darin auch in Bezug auf den ELK enthaltenen wegweisenden Änderungen: „Die gesetzliche Neuregelung enthält eine Erweiterung der Bundeszuständigkeit für Tourismus. Darin wird dem Bund nun ermöglicht, auch dann für Erhalt und Unterhalt von Wasserstraßen aufzukommen, wenn kein oder nur geringer Güterverkehr gegeben ist. Dies ist eine große Chance für die Region, die genutzt werden sollte (...). Die Planung erschien im Verhältnis zu ökologischen Belangen sowie mit Blick auf den Tourismus von Beginn an überdimensioniert“.

Der teilweise geäußerte Vorwurf, dass eine ausbleibende Anpassung des Kanals an längere und tiefere Schiffe den Zielen der Verkehrswende widerspräche, geht meiner Ansicht nach fehl. Es ist das Gegenteil von nachhaltiger Entwicklung, wenn nach wie vor auch in Bezug auf die Schiffsgrößen nur auf Transport-Effizienz gesetzt wird und damit auf immer größere Schiffe, auf die unsere Flüsse und Kanäle nun einmal nicht ausgelegt sind. Nachhaltiger Schiffsverkehr, auch mit alternativen Antriebstechnologien, muss in Bezug auf die Schiffsgrößen eine Kehrtwende einläuten. Damit würden dann auch entsprechende Anreize für den Schiffsbau gesetzt.

Das im März 2021 verabschiedete Gesetz schreibt vor, dass der Bund künftig bei Investitionsentscheidungen nicht nur die güterverkehrliche Bedeutung einer Wasserstraße, sondern auch die Belange der Fahrgastschiffahrt und der Sport- und Freizeitschiffahrt berücksichtigen muss.

Mathias Stein: „Mit der heutigen Rechtslage besteht keine Notwendigkeit mehr, den Kanal auf immer größere Güterschiffe anzupassen, nur um die Bundeszuständigkeit und den hiermit zusammenhängenden Unterhalt zu gewährleisten. Der Bund bliebe danach auch für den Erhalt und Unterhalt des ELK zuständig, wenn die Bedarfsplanüberprüfung besagt, dass auf Basis einer Güterverkehrsprognose der Erhalt nicht zu rechtfertigen ist. Gerade beim Erhalt und der Unterhaltung der Wasserstraßen werden wir mit Bundesverkehrsminister Volker Wissing die Wasserstraßen stärken. Hierzu werden wir die

zuständige Verwaltung transparenter und leistungsfähiger machen.“

Mathias Stein koordiniert als Sprecher die fraktionsübergreifende Parlamentsgruppe Binnenschifffahrt im Deutschen Bundestag und ist seit Januar 2022 stellvertretender verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Auch der Lübecker Bundestagsabgeordnete Tim Klüssendorf plädiert für eine geänderte Betrachtung: „Selbst wenn der Güterverkehr abnehmen sollte, bleibt der Erhalt des ELKs gesichert. Dies sollte genutzt werden, um die touristischen Anziehungspunkte der Region zu stärken. Mit den erklärten Maßgaben der WSV, zu denen auch die Erhöhung von Brücken zählt, wird zudem nach wie vor Güterverkehr gewährleistet.“

Gemeinsam mit Tim Klüssendorf und Mathias Stein bin ich überzeugt, dass mit dieser Neuausrichtung auch das richtige Signal für den Schiffbau gesetzt wird. Nur wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die daraus folgende Befahrbarkeit der Wasserstraßen der Entwicklung von immer größer werdenden Schiffen einen Riegel vorschleibt, kann sich auch der Schiffbau und der Schiffsverkehr darauf einstellen. Die Devise „Erhalt statt Ausbau“ ist dabei sowohl aus ökologischen als auch touristischen Gesichtspunkten folgerichtig.

Auch mit Blick auf die internationale Schifffahrt ist schließlich ein Umdenken gefordert. Immer größere Schiffe verschärfen nachweislich die Risiken für Sicherheit und Umwelt. In Bezug auf den ELK bedeute dies, nicht den Kanal auf die längeren Schiffe anzupassen, sondern die Schiffslängen den Zielen der nachhaltigen Entwicklung unterzuordnen.

Die darin liegenden Chancen für die Region sollten über einen Runden Tisch unter Einbeziehung aller beteiligten Branchen und auch Umweltverbände diskutiert werden. Hierzu werde ich gemeinsam mit meinen Kollegen einladen.

Zur Pressemitteilung auf meiner Homepage: <https://bit.ly/3H70cWR>

STRASSENBLOCKADEN VON KLIMAAKTIVIST*INNEN

Zu den erneuten Straßenblockaden von Klimaschutz-Aktivist*innen "Aufstand der letzten Generation" erklärte ich in den Medien, dass Gewalt vollkommen inakzeptabel ist und keine politische Forderung es rechtfertigt, die rechtsstaatlichen Grenzen zu brechen (siehe Medienspots). Dies gilt unabhängig von den jeweilig zugrundeliegenden politischen Anlässen.

MEDIENSPOTS (Auswahl)

Elbe-Lübeck-Kanal: SPD-Bundestagsabgeordnete begrüßen Erhalt statt Ausbau
LOZ News, 21.02.2022 - <https://bit.ly/3p15woA>

Klimaaktivisten blockieren Straßen im Hamburger Hafen

FAZ, 21.02.2022 - <https://bit.ly/33Bifqi>

Klimaaktivisten stören Warenverkehr am Hamburger Hafen

FAZ (Abo), 21.02.2022 - <https://bit.ly/3h1cmFV>

Straßenblockaden: CDU will strafrechtliche Verfolgung von Aktivisten

Berliner Zeitung, 21.02.2022 - <https://bit.ly/3p380Tc>

Union und AfD für härteres Vorgehen gegen blockierende Aktivisten

Hase Post, 20.02.2022 - <https://bit.ly/3oZbFRR>

Vier Schleswig-Holsteiner stärken Verbraucherschutz in der Bundesnetzagentur

Ahrensburg-Portal, 19.02.2022 - <https://bit.ly/3LKQH39>

Gratulation für Frank-Walter Steinmeier zur Wiederwahl als Bundespräsident

Herzogtum Direkt, 18.02.2022 - <https://bit.ly/35co3a8>

Wie werden wir der Strompreismisere entkommen? Fachleute antworten

ZVW (Abo), 18.02.2022 - <https://bit.ly/3uYUV18>

Nina Scheer: Schleswig-Holstein mit vier Bundestagsabgeordneten im neuen Beirat der Bundesnetzagentur vertreten

LOZ-News, 18.02.2022 - <https://bit.ly/3oZsYm8>

Beirat der Bundesnetzagentur neu formiert

energate-messenger (Abo), 18.02.2022 - <https://bit.ly/3sXPcG4>

Dr. Nina Scheer: Gratulation für Frank-Walter Steinmeier zur Wiederwahl als Bundespräsident

LOZ-News 17.02.2022 - <https://bit.ly/3H5kYGl>

So erlebte eine Frisörin aus Glinde die Wahl des Bundespräsidenten

LN-Online (Abo), 14.02.2022 - <https://bit.ly/34ZWz0q>

Taxonomie: Einordnung von Atomenergie als nachhaltig ist abzulehnen

Herzogtum direkt, 08.02.2022 - <https://bit.ly/3s5jdEE>

ZU GAST ...

... beim **ARBEITSKREIS WELTOFFENHEIT** diskutierte ich am 15. Februar unter anderem mit der Philosophin und Direktorin des Einstein-Forums Potsdam, Professor Dr. Susan Neiman, über versteckten Antisemitismus und Rassismus.

... bei einer Paneldiskussion zur Klimapolitik. Auf Einladung von **DEUTSCHER NATURSCHUTZRING (DNR)**, **KLIMA-ALLIANZ**, **KLIMAWIRTSCHAFT** und **E3G**, einem weltweit führenden Thinktank zur Klimapolitik, diskutierte ich am 16. Februar auf dem Podium mit Susanne Dröge, Senior Fellow, Stiftung Wissenschaft und Politik, Yvon Slingenberg, Direktorin, Generaldirektion Klimapolitik, Europäische Kommission und Stefan Körzell, Vorstandsmitglied, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) über das „Fit For 55“- Pakets der Europäischen Kommission zur Klimapolitik der Europäischen Union.

BERICHTE

GREMIENSITZUNGEN

In dieser Sitzungswoche des Deutschen Bundestages nahm ich wie gewohnt an vorbereitenden Sitzungen, der Fraktionsvorstandssitzung, Fraktionssitzung, Obleutegesprächen, Sitzungen der Arbeitsgruppe Klimaschutz und Energie, sowie der Sitzung des Ausschusses Klimaschutz und Energie teil. Hervorgehobene Themen waren dabei etwa steigende Energiepreise und mögliche Entlastungen für Bürger*innen, der Konflikt Ukraine-Russland und die Auswirkung auf die deutsche Energiepolitik.

Am 11. Februar nahm ich am klima- und energiepolitischen Austausch des Parlamentarischen Staatssekretärs Oliver Krischer sowie an einer Sitzung der **SPD-GRUNDWERTEKOMMISSION** teil.

Am 14. Februar folgte ich der Einladung des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Matthias Miersch zusammen mit den Sprecher*innen und Referent*innen der AG Umwelt, Landwirtschaft und Klimaschutz zur gemeinsamen Koordinierung der Bereiche Umwelt, Landwirtschaft und Klimaschutz.

Außerdem tauschte ich mich an diesem Tag gemeinsam mit Matthias Miersch mit **ENERGIE- UND UMWELTVERBÄNDEN** aus.

Gemeinsam mit meinem Kollegen Carsten Träger, Sprecher der **ARBEITSGRUPPE UMWELT, NATURSCHUTZ, NUKLEARE SICHERHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ** empfing ich am 16. Februar eine Delegation der Vereinigten Arabischen Emirate. Neben Mariam Al Mheiri, Ministerin für Klimawandel und Umwelt, Latefa Al Mazrouei, Medienbeauftragte der Ministerin nahm auch Hafsa Al Ulama, Botschafterin der Vereinigten Arabischen Emirate in Deutschland an dem Gespräch teil. Im Fokus des Gesprächs stand die Deutsch-Emiratische Energiepartnerschaft und wie diese künftig vor allem im Bereich der Wasserstofftechnologie vertieft werden kann.

WAHL DES BUNDESPRÄSIDENTEN

Am 13. Februar wählte die 17. Bundesversammlung Frank-Walter Steinmeier zum **Bundespräsidenten** mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und Union. Steinmeier ist der erste sozialdemokratische Bundespräsident, der für eine zweite Amtszeit gewählt



wurde. Er steht für eine klare Sprache im Umgang mit Hass, Gewalt und Demokratiefeindlichkeit. Die Maßgaben des Rechtsstaates sind für ihn unverrückbar. Die verbale Handreichung in seiner Rede an den Gegenkandidaten, den Mediziner Gerhard Trabert, gemeinsam an dessen armutsbekämpfende Tätigkeiten anzuknüpfen, sprach mir politisch wie menschlich aus dem Herzen.



Aufgrund der Pandemielage kamen die 1472 Wahlleute im Paul-Löbe-Haus zusammen, wo mehr Abstand möglich war. Neben Bundestagsabgeordneten setzt sich die Bundesversammlung aus Bürger*innen zusammen, die von den Bundesländern nominiert wurden. Mit Wiebke Exner als Delegierte aus Glinde tauschte ich mich bereits einen Tag zuvor am Rande unserer SPD-Fraktionssitzung aus.

Zu meiner Gratulation zur Wiederwahl als Pressemitteilung: <https://bit.ly/352o0xl>.

Wie bereits im vergangenen Wochenspiegel erwähnt, hat sich am 27. Januar die **BEGLEITGRUPPE FÜR KLIMASCHUTZ UND TRANSFORMATION DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION** konstituiert. Die Begleitgruppe war in der letzten Legislaturperiode (damals als Begleitgruppe Klimaschutz) zur AG-übergreifenden Begleitung des Klimaschutzgesetzes gegründet worden, um hier fachübergreifende Fragestellungen zu behandeln. An diese Idee wurde nun erneut angeknüpft. In der Begleitgruppe soll in der kommenden Legislaturperiode über die AG- und Ausschussarbeit hinaus interdisziplinär Ideen für eine sozialdemokratische Transformationserzählung entwickelt werden, abseits des Alltagsgeschäfts Expert*innen eingeladen und im Dialog ein Transformationsnetzwerk aufgebaut werden.

In der Sitzung am 17.02 begann der erste Austausch zum Thema Strukturwandel und Strukturstärkung in den Kohleregionen insbesondere vor dem Hintergrund des früheren Kohleausstiegs. Zu Gast waren Staatsminister Carsten Schneider, Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland, und Dr. Philipp Steinberg, zuständiger Abteilungsleiter für Wirtschaftspolitik inkl. Strukturwandel im BMWK, die uns kurz über

den aktuellen Stand und künftige Pläne und Schwerpunkte informierten.

Bis heute halte ich - im Einklang mit zahlreichen Stimmen aus der Wissenschaft und einzelnen Mitglieder der Kohlekommission - einen Kohleausstieg bis 2030 für sowohl machbar als auch klimapolitisch erforderlich. Daher begrüße ich sehr, dass die Ampelparteien im Koalitionsvertrag darauf geeinigt haben den Kohleausstieg idealerweise auf 2030 vorzuziehen.

EINSETZUNG PARLAMENTARISCHER BEIRAT FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Die Nachhaltigkeitsstrategie sowie die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen sind die Richtschnur der Politik der Bundesregierung. Daher hat der Bundestag am 17. Februar erneut die Einsetzung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung (PBnE) beschlossen. Ziel ist, die nationale, europäische und internationale Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung fachübergreifend zu begleiten.

SCHLESWIG-HOLSTEIN MIT VIER BUNDESTAGSABGEORDNETEN IM NEUEN BEIRAT BUNDESNETZAGENTUR

In der Sitzung des Bundestages vom 17.02.2022 wurden die Vorschläge der Fraktionen für die Wahl der Mitglieder des Beirats bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA) einstimmig angenommen.



Anlässlich der Benennung erklärte ich: „Die Energiewende muss sich auch in der Netzinfrastruktur und deren Transformation in Anpassung auf einen steigenden Anteil Erneuerbarer Energien wiederfinden. Aus dem Beirat heraus werde ich auf eben diese Aufgabenstellung ein besonderes Augenmerk legen.“

Dem künftigen Beirat der Bundesnetzagentur, dem neben 16 Bundestagsabgeordneten als ordentliche Mitglieder (und 16 Stellvertreter*innen) 16 Vertreterinnen und Vertreter des Bundesrates angehören, werden nun vier Bundestagsabgeordnete aus Schleswig-Holstein angehören (3 ordentliche Mitglieder und 1 Stellvertreter). Hierzu zählen aus den Reihen der SPD-Bundestagsfraktion neben Dr. Nina Scheer ihr Stellvertreter Bengt Bergt sowie die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten Mark Helfrich, CDU/CSU-Fraktion, und Dr. Ingrid Nestle, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Im Rahmen der Energieregulierung zählt zu den Aufgaben der BNetzA die Genehmigung

der Netzentgelte für die Durchleitung von Strom und Gas und die Beseitigung von Hindernissen beim Zugang zu den Energieversorgungsnetzen für Lieferant*innen und Verbraucher*innen. Die Bundesnetzagentur ist zudem für den diskriminierungsfreien Wettbewerb und darüber hinaus für den beschleunigten Ausbau der Stromnetze durch Umsetzung des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes verantwortlich.

Mehr Informationen zur Wahl unter der Website des Bundestages: <https://bit.ly/3gULhEj>.

FRÜHSTÜCK ABGEORDNETE AMPEL-PARTEIEN SH

Am 18. Februar trafen sich die Abgeordneten der Ampel-Parteien aus Schleswig-Holstein zum gemeinsamen Austausch und Frühstück in der schleswig-holsteinischen Landesvertretung.

